

Vorzeichenwechsel an der Diskomeile

Seit der Schießerei vor drei Jahren liegt das Amüsierviertel im Fokus von Polizei und Stadtamt – eine Bilanz

Von Arno Schupp

Brauen. Schüsse fallen, Menschen schreien, lauten durcheinander, werden von Kegeln getroffen. Es sind chaotische Szenen, die sich in der Nacht zum 7. Januar 2006 auf der Diskomeile abspielen. Einen die „Türsteherbrigade“ schlägt mit einem Stein. Seitdem ist das Amüsierviertel mit einem dichten Netz an polizeilichen und ordnungswidrigen Maßnahmen überzogen worden. Von der Schießerei im Januar bis zur „Waffenverbotszone Anfang 2009 – eine Bilanz.

Zugelassene Nachtschwärmer flarieren an den Wochenenden zwischen „Stubs“ und „La Vins“. Sie wollen feiern und Spaß haben in den Tanzlokalen und Kneipen, die wie an einer Perlenkette aufgereiht an Rembertstraße liegen. „Wenn man diesen großen Rahmen sieht, kann man nicht sagen, dass die Diskomeile heute „unsicher“ wäre“, sagt Polizeiführer Stefan Kiprowski. Die Zahl der sogenannten Aggressionsdelikte, der Schlägerereien und Körperverletzungen, ist verglichen mit dem enormen Besucherandrang eher gering. 20 Fälle sind es pro Wochenende. „Das ist ein sehr niedriger Wert, wenn man auch kaum drückt. „Wenn so viele Menschen in unterschiedlichen Stimmungen und mit verschiedenen Überzeugungen auf so kleinem Raum aufeinandertreffen, und dazu noch das Alkohol hinzukommt...“

Polizeiarbeit wird neu organisiert

Das Lagebild war jedoch einmal anders. Als im Januar 2006 Kiprowski zwischen dem dann zerstörten „Tollhaus“ und der „Pflöge“, gingen vollendete Türsteher-Banden aufeinander los. Es ging um die Frage, wer seinen Einflussbereich wie weit ausdehnen kann, denn wer hat die Kontrolle über den Besucherandrang in den Laden. Für Vorfälle gab es damals. Die Schießerei war die Initialzündung zum Aufbau einer speziellen Ermittlungsgruppe bei der Polizei, die sich schwerpunktmäßig mit Diskomeile beschäftigt.

„Wir haben damals gemerkt, dass die Türsteher ihre eigenen Sicherheitsbereiche definierten“, sagt Polizeiführer Kiprowski. „Das ging bis zu Säuren wie Laust mal, wir machen schon...“ Sie konnten die Sicherheitsgemeinschaft von gutartigen Rechtsrassern entfernt halten, zeigte sich erneut im April 2006, als bei einem Überfall auf die Gaststätte „Born-Eck“ ein 18-Jähriger mit Messern verletzt worden war. „Viermal waren Rechtsstreitigkeiten der Hintergrund, und wir mussten befürchten, dass diese Auseinandersetzungen jetzt auf offenes Terrain ausgetragen werden“, erinnert Kiprowski.

Stadtamt erhebt Druck auf Wirte

Polizei und Ordnungsbehörde reagierten, nachden Boden gut und demonstrierten Stärke. Die spezielle Einsatzgruppe, Einsatz- und Spezialkräfte nahmen unter Kiprowskis Führung ihre Arbeit auf. Wochenlang wurden nach dem Überfall aus „Born-Eck“ gezielt Fahrzeuge der beteiligten Familien und ihrer Familienangehörigen, sowie der Türsteher, Messer, Sicherheitswesten und Äste gefunden wurden. Außerdem ließ die Polizei an, auf der Diskomeile starke Präsenz zu zeigen. Und noch etwas veränderte das Klima: Das Stadtamt baute gebührenden Druck auf die Gastwirte auf. Einer der Strafen, die das zu spüren bekommen, war der ehemalige „Stubs“-Betreiber Rainer Büsing. Denn was sich zwischen „Beatsclub“ und „Tollhaus“ entzündet hatte, hatte seine Wurzeln bei Büsings Tür. Muhammad M., einer der Schützen, gehört zu der Familie, die vor dem „Stubs“ das Sagen hatte.

Auch ihnen schauten am 28. August 2006 nach 500 Polizisten auf die Pflöge, als zur Diskomeile gegen die „Stubs“ geblassen wurde. Vier Ladungen die Beamten nicht, ein Verteilgramm Maritana, ein bisschen Kokain, ein paar Taschenmesser. Doch schon damals machte es den Anschein, als ginge gar nicht darum, etwas zu finden, als denn die Aktion dazu, Strafen zu zeigen. Die

ser Demonstration folgte ein Exempel. Im April 2007 musste Gastronom Rainer Büsing seinen aus „Stubs“, „Casent“, „Skyline“, „Sties“ und „Latin Lounge“ bestehenden Doko-Komplex schließen, als er vor dem Observationswachposten Schießkraft erlitt. Büsing hatte das Gericht angerufen, da das Stadtamt ihm die Konzession entzogen wollte – zu Recht, urteilte die Richter. Von der Fortführung der Diskothek durch Büsing geben erhebliche Gefahren für die öffentliche Sicherheit aus, befand Justiz damals. Er sei „nicht willens oder nicht in der Lage“, sich von den Türsteher zu trennen, denen das Gericht zum Teil ein „hohes Maß an Gewaltbereitschaft und Brutalität“ bescheinigte. Gut eine Woche nach der Zwangs-Schließung des „Stubs“ ging das Aulräumen weiter: Bei einer Razzia in der Diskothek „Neue Welt“ landeten die Beamten erhebliche Mengen Drogen, der Laden wurde geschlossen.

Unter dem wachsenden Druck veränderte sich die Diskomeile. Bei einzelnen Betrieben wurde das Stadtamt immer wieder vorgelegt, Konzessionen wurden widerrufen, Gastwirte schlossen ihre Läden freiwillig. Und vor einen neuen Betrieb öffnen wollte, hatte es deutlich schwieriger als noch vor Jahren, eine Erlaubnis zu bekommen. Insbesondere im Bereich der Türsteher definierte die Ordnungsbehörde die Regeln neu. Auch das bekam zuerst das „Stubs“ zu spüren, genauso gesagt. Rainer Büsings Nachfolger Tim Meister, Mehrere Sicherheitsfirmen brachte Meister ins Gespräch, als er auf dem Stadtamt über die Wiedereröffnung des Doko-Komplexes verhandelte. Doch keine Erlaubnis der Behörde gut genug, um die schwarze Lage vor der „Stubs“ Tür in den Griff zu bekommen. Erst, als Meister das renommierte Bremer Sicherheitsunterneh-

men „FBIS“ und damit ein aufwendiges und ungewöhnlich teures Sicherheitskonzept mit Videoüberwachung der Eingänge und Metalldetektoren ins Spiel brachte, gab das Stadtamt im Juni 2007 grünes Licht.

„Das war aus unserer Sicht ein wichtiger Durchbruch“, sagt Stadtamtsleiter Hans-Jörg Wilkens. Denn es sei gelungen, betrauten neuen Fächern die „Wachpostenstellungen“ der Bekohden durchzusetzen – was auch Folgen für alle anderen Betriebe hatte. „Qualität an der Tür“ heißt die Lösung, nach der inzwischen alle Türsteher penibel überprüft werden, bevor sie von den Gastroteuren eingesetzt werden dürfen.

»Wir dürfen jetzt nur nicht wieder lockerlassen.«

Stadtkammler Hans-Jörg Wilkens

Vieles hat sich auf der Diskomeile verändert – auch die Zusammensetzung der Besucher. „Es sind weniger Jugendliche unterwegs“, ist Kiprowskis Eindruck. 2007 hat die Polizei auch 1020 Mandatsträger auf der Diskomeile überprüft. Im vorigen Jahr waren es 670. Offenbar haben die verstärkten Jugend-schutzkontrollen Früchte getragen. Doch auch wenn die Zahl der unter 18-Jährigen auf der Diskomeile sinkt, kann immer in ein gutes Drittel der 1020 Mandatsträger, die sich pro Abend an die Streetworker aus dem „Pro Meile“-Projekt wenden, minderjährig, sagt Isabel Steffen. Sie hat die Einsätze der Streetworker im vorigen Jahr koordiniert, miterlebt, welche Probleme die Jugendlichen haben und wie daraus Spannungen entstehen könnten, die sich in Gewalt entladen. Die Streetworker versuchen, solche Akzente zu durchbrechen, indem sie die Nachtschwärmer ansprechen, ihnen zuhören, ein Forum bieten.

Das 2006 als Reaktion auf die Schießerei von Tafel gebildete „Pro Meile“-Projekt ist einer der präventiven Ansätze, die an der Diskomeile etwas verändern sollten. Ein weiterer ist die im November 2007

scharfgeschaltete Videoüberwachung des Amüsierviertels. Ein dritter präventiver Ansatz ist Teil des polizeilichen Maßnahmenkataloges: Im vorigen Jahr hat die Polizei die Personalen von rund 17.000 Nachtschwärmer überprüft, 7500 wurden eingeweiht durchsucht, und 1588 Melten-Bewacher erhielten einen Führerschein. Ob diese Zahlen im Vergleich zu den Verjahren hoch oder niedrig sind, lässt sich schwer sagen, erklärt Kiprowski. Denn 2007 war das „Stubs“ und damit der Hauptgegenstand der Diskomeile für einige Monate geschlossen, und 2006 war die Ermittlungsgruppe erst im April einsatzbereit. „Deswegen würde ein Vergleich ein laiches Bild liefern.“

Kiprowski: Jetzt haben wir Grund drin

Der vorent letzte Krotzen im Netz der polizeilichen und ordnungswidrigen Maßnahmen, das inzwischen über der Diskomeile liegt, wurde gerade erst im Februar geneigt: Das Gebiet rings um die Diskomeile wurde zur „Waffenverbotszone“ erklärt. Ein wichtiger Schritt, findet Kiprowski, denn bei den verschiedenen polizeilichen Maßnahmen wurden im vergangenen Jahr zehn Schusswaffen entdeckt, 130 Messer, 46 Schlagstöcke, drei Schlagringe und 13 verbotene Pfeifergrogs. Nach Inkräften der Waffenverbotszone im Februar dieses Jahres werden all diese Dinge dauerhaft enteignet. „Und so ein Messer kostet auch Geld, das werden sich die jungen Menschen zweimal überlegen“, vermutet Kiprowski.

Engmaschig ist das Netz über der Diskomeile, dem einen oder anderen vielleicht zu eng. Aber aus Sicht von Polizei und Stadtamt muss es genau so sein. Denn „jetzt haben wir Grund drin“, sagt Kiprowski, der im Februar die Führung der polizeilichen Organisation abgab. Und auch Stadtkammler Hans-Jörg Wilkens ist zufrieden mit „unser“ Diskomeile. „Wir dürfen jetzt nur nicht wieder lockerlassen.“